

Vertriebene: Sozialdemokraten sind Brückenbauer

SPD-Empfang im Landtag für Heimatvertriebene, Flüchtlinge und Spätaussiedler - Preise für drei Jugendgruppen

Bei einem Empfang für Heimatvertriebene, Flüchtlinge und Spätaussiedler im Landtag, der unter dem Motto "Wir wollen Brücke sein" stand, verlieh die SPD-Landtagsfraktion drei Jugendgruppen von Vertriebenenorganisationen besondere Auszeichnungen für ihre Verdienste um die Verständigung zwischen Ländern und Kulturen. Preisträger waren die Schlesische, die Sudetendeutsche und die Pommernjugend. Gerade die Jugendgruppen leisten einen wertvollen Beitrag für ein friedliches Europa. Sie sehen ihre Aufgabe unter anderem darin, die Integration ausländischer Jugendlicher zu fördern, Flüchtlinge zu betreuen und Kunst und Kultur der Regionen zu bewahren.

Die SPD-Landtagsfraktion will damit aber auch Danke sagen für die Versöhnungs- und Integration der Verbände allgemein, die das Weitertragen von Geschichte, das Erinnern und Nichtvergessen und das Brauchtum pflegen. Die SPD ist der Meinung, dass über 15 Millionen Vertriebene beziehungsweise ihre Nachkommen ein Recht auf Würdigung ihrer Schicksale und Sicherung der ostdeutschen Kultur haben. Viele deutsche Heimatvertriebene sind zu Botschaftern für Aussöhnung und Verständigung geworden. Die Vertriebenen haben gezeigt, dass ein Neuanfang möglich ist und haben mit Kraft, Mut und Energie mitgeholfen, unser Land wieder aufzubauen und mitzugestalten.

Die SPD-Fraktion hat speziell Jugendorganisationen mit den Preisen bedacht, um ein Signal zu geben, dass die Anliegen der Vertriebenen auch in der jüngeren Generation weitergeführt würden - ein Engagement, das man unterstützen wolle. Das Thema Vertreibung ist bis heute aktuell. Das ist nicht ein Kapitel des vergangenen Jahrhunderts, sondern es gibt sie auch heute noch. Die Vertreibung ist ein Verstoß gegen die Menschenrechte, und das ist der Ausgangspunkt für all unsere politischen Überlegungen. Die Arbeit der hier anwesenden Verbände und Personen ist uns daher wichtig und hat Bedeutung für uns.

Schwerpunkt der Vertriebenenpolitik der SPD-Fraktion ist es, Brücken zu den Nachbarländern wie Tschechien zu bauen, um Stolpersteine zu umgehen. Je besser man seine Nachbarn kennt, umso besser kann man mit ihnen sprechen. Daher müssen wir Brücken bauen, wenn wir etwas erreichen wollen. Franz Maget war erst im März mit einer hochrangigen Delegation von Fraktionsmitgliedern zu Gesprächen in Prag.

CSU-Attacken zurückgewiesen: CSU lebt im Verhältnis zu Tschechien fern der Realität

Die SPD-Fraktion hat die kritischen Bemerkungen der CSU-Abgeordneten Christa Matschl, SPD-Fraktionschef Franz Maget habe bei seinen jüngsten Besuchen in Tschechien „das hohe Lied der sozialistischen Internationale“ gesungen, als reichlich deplaziert zurückgewiesen. So können nur CSU-Politiker/innen reden, die fern jeglicher Realität leben. Auch die CSU sollte langsam zur Kenntnis nehmen, dass die CSSD die europafreundlichste Partei der Tschechischen Republik sind, die sich um Versöhnung bemüht – ganz im Gegensatz zu den national orientierten tschechischen Konservativen.

Auch ist der Vorsitzende der CSSD und wahrscheinliche nächste Ministerpräsident in Prag, Jiri Paroubek, der einzige Politiker von Rang in Tschechien, der die Vertreibung offiziell bedauert hat und sich bei den Vertriebenen dafür entschuldigt hat. Dafür hat Paroubek bereits im Oktober 2007 zurecht bei der Bundesversammlung der Seliger-Gemeinde, der Gesinnungsgemeinschaft sudetendeutscher Sozialdemokraten, den „Wenzel-Jaksch-Preis“, die höchste Auszeichnung der sozialdemokratischen Vertriebenen, erhalten.

Statt unqualifizierte Kritik an SPD-Fraktionschef Maget zu üben, sollte Frau Matschl besser ihrem eigenen Ministerpräsidenten Seehofer behilflich sein, endlich den Weg zu einem Besuch in Prag zu schaffen, denn seit 20 Jahren ist es überfällig, dass sich dort einmal ein bayerischer Ministerpräsident sehen lässt und ernst macht mit normalen politischen Beziehungen zu Bayerns direktem Nachbarn. Doch wenn Herr Seehofer noch lange wartet, wird ihn in Prag dann ab Herbst ein sozialdemokratischer Ministerpräsident Paroubek begrüßen - und das wäre in jeder Hinsicht gut so.

Extra-Zeitung zum Sudetendeutschen Tag: Sozialdemokraten als Brückenbauer

Die SPD-Landtagsfraktion hat zum 60. Sudetendeutschen Tag in Augsburg eine vierseitige Extra-Zeitung in einer Auflage von 10.000 Exemplaren präsentiert. Wir sind als Sozialdemokraten Brückenbauer zu Tschechien. Und wir setzen dabei nicht zuletzt auf die Jugend in den Vertriebenenorganisationen und deren Versöhnungsarbeit.

Es ist höchste Zeit, dass Bayerns Ministerpräsident Seehofer endlich als erster Regierungschef des Freistaats zu einem offiziellen Besuch nach Prag fährt. Die Chance für friedliche Kontakte war noch nie so groß und es ist ein gravierendes politisches Versäumnis, dass die CSU dies nicht längst aufgreift.

Trotz der Vertreibung mit all ihren Schrecken haben die Vertriebenen gezeigt, dass ein Neuanfang möglich ist. Mit Kraft, Mut und Energie haben sie mitgeholfen, unser Land wieder aufzubauen und mitzugestalten. Sie haben erlebt, wie schwer das Weggehen war - und das Ankommen kaum weniger schwer.

Die Neubürger erwiesen sich dabei nicht, wie es ja politisch einkalkuliert wurde, als sozialer Sprengstoff, sondern als eine entscheidende Kraft beim deutschen Wiederaufbau und Wie-

deraufstieg. Das westdeutsche Wirtschaftswunder wäre ohne die Heimatvertriebenen bedeutend kleiner ausgefallen.

Der frühere bayerische SPD-Chef Volkmar Gabert hat gesagt, dass sich jedes Volk zu seiner ganzen Geschichte bekennen muss – „das deutsche Volk zu den Verbrechen des Nationalsozialismus und das tschechische Volk zu den unmenschlichen Vertreibungen. Nur wenn auf dieser Basis miteinander geredet wird, sind gemeinsame Vorstellungen für die Zukunft möglich.“

Mit der EU-Ost-Erweiterung gibt es die Chance wie nie zuvor zum Dialog. Jetzt haben wir das erreicht, wovon die Verfasser der „Charta der Heimatvertriebenen“ nur zu träumen wagten: ein geeintes, friedliches Europa der Menschen und der Menschenrechte. Die Grundlage dafür war die Ost- und Deutschlandpolitik Willy Brandts, der als Emigrant aus eigener Erfahrung um den Wert der Heimat wusste. Er hatte hohen Respekt vor den Erfahrungen der Heimatvertriebenen und forderte zu Recht, dass ihr moralisches, soziales und nationales Gewicht unmittelbar zur Geltung kommen müssen.

In einem vereinten Europa kann und darf es keine Diskriminierung mehr geben, die durch die Vergangenheit begründet ist. Das bezieht sich auch auf die diskriminierenden Benesch-Dekrete. Wer Vertreibungen rechtfertigt, stellt sich außerhalb Europas als einer Gemeinschaft grundlegender Werte und der Menschenrechte. Wir haben heute die einmalige Chance, ein Europa des Friedens, in dem Menschen selbst bestimmt und sicher leben können zu gestalten. Nach einem Jahrhundert der furchtbarsten Verbrechen, der Massenmorde, der kriegerischen Verwüstungen und Vertreibungen, leben wir heute in einem freien und demokratischen Europa, in dem 27 Länder vereint sind, das in einer wunderbaren Vielfalt unsere gemeinsame Heimat ist und wir alle gemeinsam dafür die Verantwortung tragen.

70 Jahre nach Kriegsbeginn und im 60. Jahr des Bestehens der Bundesrepublik Deutschland besteht nach wie vor der Auftrag zur Versöhnung. Dazu gehört, wie es Renate Schmidt formuliert hat, „für Sudetendeutsche und für Deutsche gleichermaßen die Anerkennung der Tatsache, dass die unbeschreiblichen Gräueltaten, die die Nazis und viele Gefolgsleute in Tschechien über die damalige Tschechoslowakei gebracht haben, wesentliche Ursache für die Vertreibung waren. Und für die tschechischen, europäischen Mitbürgerinnen und Mitbürger bedeutet dies, dass ein Unrecht so groß es auch gewesen sein mag, kein anderes Unrecht – die Vertreibung – rechtfertigt.“

Die Geschichte nicht zu vergessen, sich ihrer zu erinnern und sie vor allem aufzuarbeiten, dazu tragen auch Museen bei, die derzeit im Entstehen sind: Während in München ein Sudetendeutsches Museum geplant wird, das die SPD-Landtagsfraktion aktiv unterstützt, entsteht in Aussig ein Museum zur Geschichte der Deutschen in den böhmischen Ländern. In wenigen Tagen wird im Sudetendeutschen Haus in München die in Aussig konzipierte Ausstellung „Vergessene Helden“ über das Schicksal sudetendeutscher Antifaschisten eröffnet. All das sind erfreuliche Schritte der Öffnung und der Zusammenarbeit.

Verständigung mit Tschechien im Geist der Marienbader Erklärung

Die SPD-Landtagsfraktion begrüßt die in der vergangenen Woche publizierte „Marienbader Erklärung“ des „Forums Versöhnung 2008“. Darin bekräftigen namhafte Sudetendeutsche und Tschechen ihre Überzeugung, dass es nur auf dem Weg gegenseitigen Entgegenkommens zu Verständigung und Versöhnung kommen kann.

Die SPD macht sich das Anliegen der „Marienbader Erklärung“ und „dieser letzten Zeitzeugen der Vertreibung von Menschen aus ihrer Heimat nach dem Kriegsende wie auch der Untaten des Nationalsozialismus in den Jahren davor“ zu eigen, nach 60 Jahren - wie es in der Erklärung heißt – „mit dem gegenseitigen Aufrechnen aufzuhören, aufeinander zu hören, miteinander zu reden und zwar in einem Dialog aus christlichen Ursprung“.

„Aus solcher Versöhnung folgt dann die Pflicht, auf die Beseitigung von Belastungen der jeweils anderen Seite hinzuwirken mit dem Ziel, auch dauerhaften Rechtsfrieden zu erreichen“, heißt es in der von Albrecht Schläger (Generalsekretär des Sudetendeutschen Rates und Vizepräsident des BdV), Dr. Werner Marzin (ehemaliger Hauptgeschäftsführer der Messe München GmbH) und Dr. Alfred Pfeiffer (ehemaliger Vorstandsvorsitzender der Viag AG) initiierten Erklärung weiter. Zu den Unterzeichnern zählen unter anderen der frühere Landtagspräsident Johann Böhm, der langjährige tschechische Botschafter in Deutschland, Frantisek Cerny, der Präsident des internationalen PEN-Clubs, Jiri Grusa, und die Schauspielerin Ruth Maria Kubitschek.

Christa Naaß, MdL, stellvertretende Vorsitzende und vertriebenenpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion

Franz Maget, MdL, Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion